

Antrag

**der Abgeordneten Roland Heintze, Thilo Kleibauer, Nikolaus Haufler,
Thomas Kreuzmann, Wolfhard Ploog, Hans-Detlef Roock (CDU) und Fraktion**

Betr.: Haushaltstricks stoppen – „Pay as you go“ endlich umsetzen

Der Bürgermeister und sein Senat haben in ihrem Arbeitsprogramm festgeschrieben, dass es „eine Festlegung auf ausgabewirksame Maßnahmen (...) nur geben (wird), wenn im gleichen Zuge die Finanzierung *gesichert* ist („Pay as you go!“).“ Konkreter wurde der Senat in der Schriftlichen Kleinen Anfrage 20/500: Bei diesem Prinzip „müssen Entscheidungen, die den Haushalt für mehrere Jahre belasten, auch durch für mehrere Jahre wirksame Entlastungen kompensiert werden.“

Es gelten also zwei Grundsätze:

- Eine *gesicherte* Finanzierung von neuen Projekten muss gewährleistet sein. Das ist nur dann der Fall, wenn im Gegenzug *konkrete* Ausgabenansätze gekürzt werden.
- Dauerhaft Geld kostende neue Maßnahmen müssen durch dauerhaft wirkende Kürzungen finanziert werden.

Dieses Vorgehen ist nachhaltig und somit grundsätzlich zu begrüßen. Der Senat hat jedoch schon mehrfach gegen den eigenen Anspruch verstoßen. So wurden zum Beispiel fast ein Drittel der Gründungskosten der Investitions- und Förderbank in Höhe von 40 Millionen Euro durch eine sogenannte globale Minderausgabe finanziert. Das bedeutet: Um 13 Millionen Euro tatsächliche Mehrausgaben zu schultern, wurde in die Haushaltsbücher einfach „-13 Mio. Euro“ geschrieben. Eine gesicherte Finanzierung sieht anders aus.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. künftig in seinen Drucksachen (bei Beibehaltung der gängigen Anlage zur Änderung des Haushaltsplans) in einfacher Tabellenform unter einem Extrapunkt „Pay as you go“ darzulegen,
 - a. welche Mehrausgaben sich aus einer Maßnahme ergeben und
 - b. bei welchen konkreten Projekten dafür Mittel gekürzt werden, sowie
2. dabei darauf zu achten, dass für dauerhaft wirkende neue Maßnahmen nur dauerhaft wirkende Ansatzkürzungen vorgenommen werden.